

Möglichkeiten politischen Handelns

Wenn man Mitglied in einem Verein wird, kann man in der Gruppe mitbestimmen: Wer soll den Verein leiten? Welche Entscheidungen treffen alle, welche können von der Vereinsleitung getroffen werden? Welche Regeln gelten? Wofür geben wir Geld aus? Was sind unsere Ziele? usw.

In einem Staat sind die BürgerInnen die Mitglieder. Sie haben auch verschiedene Möglichkeiten, mitzubestimmen. Sie können das politische System auf verschiedene Weisen direkt nutzen:

- **Wahl:** Wahlberechtigte *BürgerInnen* (in Österreich ab 16 Jahren) wählen PolitikerInnen bzw. Listen, die ihre Anliegen am besten vertreten.
- **Amt/Politische Funktion:** Umgekehrt kann man unter bestimmten Voraussetzungen selbst für eine politische Funktion kandidieren (= sich zur Wahl stellen), z.B. in der Schule für das Amt des Schulsprechers/der Schulsprecherin.
- **Abstimmung:** Bei manchen wichtigen Themen werden die BürgerInnen befragt und dürfen mitentscheiden.

Es gibt aber noch mehr Möglichkeiten. Politik spielt sich in einer Demokratie nicht im Geheimen ab, sondern in der *Öffentlichkeit*. Die Menschen sollen die Probleme kennen, die gelöst werden sollen. Sie sollen darüber diskutieren können und ihre Meinung dazu offen sagen können. Medien (z.B. Fernsehen, Zeitungen etc.) und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sollen frei über die Probleme berichten und gute Lösungsvorschläge machen können. Nur dann können auch gute politische Entscheidungen getroffen werden.

Die Öffentlichkeit hat einen großen Einfluss auf politische Entscheidungen. Die BürgerInnen können daher auch versuchen, in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu gewinnen. Je mehr Menschen man so für die eigenen politischen Forderungen gewinnen kann, desto besser stehen die Chancen, dass sie verwirklicht werden.

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, durch politische *Aktionen* (= Handlungen) auf die Öffentlichkeit einzuwirken, zum Beispiel folgende:

- **Demonstration:** Menschen versammeln sich in großer Zahl, um gemeinsam eine politische Meinung auszudrücken.
- **Flashmob:** Menschen folgen einem Aufruf, sich spontan an einem Ort zu versammeln und alle für kurze Zeit und möglichst überraschend für andere Menschen das Gleiche zu tun.
- **Hungerstreik:** Menschen essen nichts mehr, um auf ihre politischen Forderungen aufmerksam zu machen.
- **Streik:** Menschen legen gemeinsam ihre Arbeit nieder, um Druck auf die Politik oder auf ihre/n Arbeitgeber/in zu machen.
- **Boycott:** Menschen kaufen keine Produkte eines bestimmten Landes (oder einer bestimmten Firma) mehr, weil sie mit der Politik des Landes (oder der Firma) nicht einverstanden sind.
- **Aktionismus:** Menschen machen ungewöhnliche, schockierende oder lustige Dinge in der Öffentlichkeit (z.B. Theaterstücke aufführen, Kunstwerke aufstellen, sich verkleiden), um Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu erregen.
- **Infostand:** Menschen werben an einem Straßenstand für ihr politisches Anliegen.
- **Soziale Netzwerke:** Menschen teilen Links zu politischen Seiten und kommentieren sie.
- **Graffiti:** Gesprayte Texte und Bilder mit politischen Botschaften an Brücken, Mauern, Häusern etc. ist nur auf der eigenen Hauswand legal, aber eine illegale Sachbeschädigung, wenn es ohne Zustimmung auf fremdem Eigentum passiert.
- **Plakat:** Ein sehr großes Blatt Papier mit einer (politischen) Botschaft, das möglichst viele Leute sehen sollen.
- **Flyer:** Ein kleines Blatt Papier mit einer (politischen) Botschaft, das an möglichst viele Leute verteilt wird.
- **Leserbrief:** Brief an eine Zeitung, der dann auch dort abgedruckt wird.
- **Blog:** Eine eigene Web-Seite, auf der Menschen ihre Gedanken ausdrücken.
- **Kommentar/Posting:** Viele Online-Zeitungen erlauben es den LeserInnen, unter den Zeitungstexten ihre eigene Meinung hinzuzufügen.
- **Petition:** Ein Schriftstück mit einer Forderung wird an Behörden oder PolitikerInnen geschickt. Vorher sollen möglichst viele Leute unterschreiben, dass sie diese Forderung unterstützen.
- **Ziviler Ungehorsam:** Menschen verstoßen bewusst und in aller Öffentlichkeit gegen Gesetze, die aus ihrer Sicht gegen die Menschenrechte (oder Bürgerrechte) verstoßen. Sie möchten erreichen, dass diese Gesetze geändert werden.